

Jordaniens Friedensdividende 1994 - 1998: Eine Bestandsaufnahme

Die Dividende, die sich das Haschemitische Königreich Jordanien 1994 von einem Friedensvertrag mit Israel erhofft hatte, ist weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Überzogene Hoffnungen auf ausländische Investitionsmilliarden haben sich angesichts des scheiternden Friedensprozesses, gegenseitigen Mißtrauens, aber auch der abträglichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Jordanien selbst als unhaltbar erwiesen. Ob Jordanien angesichts steigender Armut und Arbeitslosigkeit seine für die Region eher untypische Stabilität erhalten kann, wird nicht zuletzt von der Konjunktur seiner geopolitischen Bedeutung abhängen.

Der formelle Friedensschluß zwischen dem Haschemitischen Königreich Jordanien und dem Staat Israel im Oktober 1994 hat eine lange Vorgeschichte, die noch in die Zeit vor der jordanischen Staatsgründung zurückgeht: Erste Kontakte zwischen Haschemiten und Zionisten gab es schon 1918; ab Ende der dreißiger Jahre suchte Emir Abdallah, König Husseins Großvater, das Gespräch mit den Führern der zionistischen Bewegung, um bei der immer wahrscheinlicher werdenden Teilung des britischen Mandatsgebietes Palästina, d.h. einer Aufteilung des Landes zwischen Transjordanien und einem zukünftigen jüdischen Staat, Unterstützung für seine Ansprüche zu finden.¹⁾ Nach der Annexion der Westbank fiel Abdallah am 20. Juli 1951 einem Attentat in Jerusalem zum Opfer. Sein Enkel Hussein, der 1953 nach dem kurzen Intermezzo seines Vaters Talal den Thron bestieg, ließ die Kontakte zunächst ruhen, legte jedoch seit Beginn der sechziger Jahre im direkten Gespräch mit Israel die Grundlagen einer informellen und pragmatischen Zusammenarbeit: Zwar lag ein formeller Friedensschluß außerhalb der politischen Möglichkeiten des Königreiches, auf der Basis funktionaler Beziehungen aber wurde von beiden Seiten nach dem Verlust der Westbank im Sechs-Tage-Krieg eine pragmatische Politik der „offenen Brücken“ verfolgt. Vor die Wahl gestellt, Husseins Überleben zu garantieren oder die Transformation Jordaniens in einen Palästinenserstaat zu riskieren, entschied sich Israel im Schwarzen September 1970 für ersteres und stoppte eine syrische Intervention.²⁾

Das etwa 4,5 Millionen Einwohner zählende Königreich Jordanien leidet wie kaum ein Land der Region unter einem gravierenden Mangel an Ressourcen, namentlich Wasser, und ist in hohem Maße abhängig von ausländischen Finanzhilfen und den Überweisungen meist in den Golfstaaten lebender Gastarbeiter. Jordanien hatte im Zuge des Ölbooms von Mitte der siebziger Jahre an eine Phase konstanten Wirtschaftswachstums erlebt, aber mit dem Verfall der Ölpreise nach 1983, sinkender Auslandshilfe und schnell steigender Verschuldung schlitterte das Land in eine tiefe Rezession. 1988 erreichte die Schuldenkrise dramatische Ausmaße, als sich die Auslandsverbindlichkeiten auf mehr als sechs Milliarden US-Dollar akkumuliert hatten und der Dinar eine massive Abwertung hinnehmen mußte. Mit einem Strukturanpassungsprogramm des IWF sollten die Weichen für unumgängliche Re-formen gestellt werden. Der Golfkrieg verhinderte aber zunächst ihre Durchführung: König Hussein war innen-politisch unter Druck geraten und hatte sich der anti-irakischen Allianz nicht angeschlossen. Die von der palästi-nensischen Bevölkerungsmehrheit erzwungene Solidarität mit Saddam Hussein führte zum Ausbleiben der Finanz-hilfen aus den Golfstaaten³⁾, ca. 300.000 Jordanier aus Kuwait und Saudi-Arabien mußten integriert werden und der Handel mit dem Irak kam zunächst zum Erliegen.⁴⁾ Die Investitionen der Rückkehrer aus den Golfländern lö-sten jedoch einen Bauboom und hohe Wachstumsraten aus. Schon 1993 befand sich

Jordanien jedoch erneut in einer Wirtschaftskrise: Die Bautätigkeit war abgeflaut, ein Ende des Embargos gegen Irak, den Haupthandelspartner Jordaniens, war nicht abzusehen. Besonders prekär war die Höhe des zu leistenden Schuldendienstes, der die Summe ausländischer Zuschüsse und Kredite weit überstieg. In dieser für das Königreich schwierigen wirtschaftlichen Situation entschied sich der König für den formellen Friedensschluß mit Israel. Nachdem Jordanien schon ab November 1992 an den Friedensgesprächen von Madrid teilgenommen hatte, war mit der Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens durch Israelis und Palästinenser am 13. September 1993 der Weg zu direkten Verhandlungen zwischen Jordanien und Israel freigeworden.

Der schließlich im Oktober 1994 unterzeichnete Friedensvertrag artikulierte weitreichende Kooperationsabsichten und weckte in Jordanien große Erwartungen: Eine Aufstockung ausländischer Finanzhilfen wurde ebenso erhofft wie stimulierende Effekte für die jordanische Wirtschaft durch den nun *offiziell* möglichen jordanisch-israelischen und jordanisch-palästinensischen Handel und die erwarteten zusätzlichen internationalen Investitionszuflüsse. In Verbindung mit den Deregulierungsvorhaben des Strukturanpassungsprogramms hoffte die jordanische Führung auf eine umfassende wirtschaftliche Konsolidierung. Schon 1989 war nach Unruhen im Süden des Landes ein zaghafter Liberalisierungsprozeß mit den ersten freien Wahlen seit den fünfziger Jahren in Gang gesetzt worden, der auch als Sicherheitsventil gegenüber der von Subventionsabbau und Kaufkraftverlust gebeutelten Bevölkerung dienen sollte. Mit einer Marketingstrategie, die die durch den Friedensschluß keimenden Hoffnungen der Bevölkerung auf eine schnelle und nachhaltige wirtschaftliche Gesundung lenkte, wurden so unrealistische Erwartungen und Hoffnungen genährt, auf „...Geldsäcke, die vom Himmel fallen würden...“ und auf „einen sofortigen Hilfe-strom oder totalen wirtschaftlichen Wandel...“⁵⁾ Die anfängliche Zustimmung schien entsprechend hoch: 1994 standen einer Umfrage des Center for Strategic Studies der University of Jordan zufolge 80 Prozent aller Jordanier hinter dem Friedensvertrag.⁶⁾

Die allgemeine Euphorie über die Perspektiven des Friedens ist inzwischen, vier Jahre nach Unterzeichnung des Friedensvertrages, auf einem Tiefpunkt angelangt. Der jordanische Außenminister Anani beschrieb Anfang Juli 1998 die Beziehungen zwischen den beiden Ländern als „kurz vor dem Stillstand und auf einer minimalen Ebene der Koordination“.⁷⁾ Die Enttäuschung über die im öffentlichen Bewußtsein Jordaniens ausgebliebenen Dividenden gibt Gelegenheit zu einer Bestandsaufnahme und Wertung von Versäumnissen und Erfolgen jordanischer Wirtschaftspolitik im Zusammenhang mit dem Friedensabkommen von 1994.⁸⁾

Land und Wasser: Jordaniens Prioritäten im Friedensvertrag

Im Gegensatz zu Ägypten, das mit dem Camp-David-Abkommen 1979 einen ‘kalten’ Frieden mit Israel geschlossen hatte, setzte Jordanien seine Hoffnungen auf einen ‘warmen’ Frieden, der sich ökonomisch auszahlen und damit den Frieden weiter zementieren würde. Zunächst wurden die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die Einrichtung von Post- und Telefonverkehr, die Öffnung von See- und Luftkorridoren, die Erleichterung von Grenzübertritten vereinbart sowie das symbolische Zugeständnis Israels an Jordanien gemacht, dem Königreich eine „hohe Priorität“ bei den Verhandlungen über den zukünftigen Status Jerusalems einzuräumen. Aus jordanischer Sicht waren zwei Aspekte besonders bedeutsam: die Wiederherstellung der Souveränität über das gesamte jordanische Staatsgebiet⁹⁾ und die Anerkennung der jordanischen Wasserrechte.

Die im Friedensvertrag festgelegte Grenze zwischen Jordanien und Israel folgt grob jener Linie, die Transjordanien vom westlichen Teil des Mandatsgebiets Palästina trennte, d. h. entlang den Flüssen Yarmuk und Jordan, durch das Tote Meer und entlang dem Wadi Araba bis zum Roten Meer. Jordanien erhielt de jure alle von den Israelis besetzten Gebiete zurück; der Grenzverlauf wurde an zwei Stellen korrigiert. Zunächst erlangte Jordanien die Souveränität über das Baqura/Naharayim-Gebiet südlich des See Genezareths zurück, das Nutzungsrecht der israelischen Seite bleibt jedoch für 25 Jahre erhalten. Diese Lösung ist eher ungewöhnlich und stellt ein pragmatisches Entgegenkommen der jordanischen Seite dar; nach geltendem Völkerrecht stünden der israelischen Seite keinerlei Rechte über ein Territorium zu, das infolge eines Krieges erobert wurde.¹⁰⁾ Das gleiche gilt für die Korrekturen im Wadi Araba südlich des Toten Meeres, wo im Zofar/Al-Ghamr-Gebiet den Israelis ihre Nutzungsrechte für mindestens 25 Jahre garantiert wurden. So erhielt das Königreich zwar de jure seine besetzten Gebiete zurück, de facto aber bleiben diese weiter in israelischer Hand.

Die Nutzung der knappen Wasserreserven in der Region war seit jeher einer der größten Konfliktherde zwischen Israel und seinen Nachbarn.¹¹⁾ Mit den Vereinbarungen des Friedensvertrages wurden nun die beiden Seiten zustehenden Wassermengen genau aufgeteilt: Aus den Flüssen Yarmuk und Jordan darf Israel 39 Millionen Kubikmeter Wasser pro Jahr und nicht festgelegte Mengen zusätzlichen Hochwassers nutzen, während Jordanien das restliche nutzbare Wasser zusteht – insgesamt etwa 280 Millionen Kubikmeter jährlich aus beiden Flüssen. Dies ist ein Zugewinn von etwa 150 Millionen Kubikmetern Wasser jedes Jahr; bei einem Gesamtverbrauch von 730 Millionen Kubikmetern Wasser (1990) eine beachtliche Menge. In dem Gebiet Zofar/Al-Ghamr im Wadi Araba behielt Israel das Recht, die Brunnen zu nutzen, und gab dafür die Garantie ab, im Sommer 30 Millionen Kubikmeter Wasser nach Jordanien zu pumpen. Die dafür nötige Pipeline wurde zwar schon im Juni 1995 in Betrieb genommen; der Austausch benachteiligt jedoch Jordanien in doppelter Hinsicht. So wies Israel nach Vertragsabschluß darauf hin, daß es in Trockenzeiten die tatsächliche Lieferung der vereinbarten Menge nicht garantieren könne, obwohl es selbst im Wadi Araba eine größere Menge Wasser nutzt; auch entspricht die Qualität des aus dem See Genezareth stammenden Wassers nicht der des fossilen Wassers im Wadi Araba.

Eine weitere Vereinbarung bestimmt, daß Jordanien 50 Millionen Kubikmeter Wasser jährlich aus noch festzulegenden Quellen erhalten soll. Dieses Wasser hätte nach der vollständigen Aufteilung der zugänglichen Ressourcen nur aus Israel selbst geliefert werden können. Bis 1997 kam Jordaniens Nachbar seiner Verpflichtung aber nicht nach; schließlich wurde ein neues Abkommen geschlossen, das Israel vorläufig nur zur Bereitstellung der Hälfte der ursprünglich vereinbarten Menge Wasser verpflichtet. Insgesamt fällt damit das Abkommen trotz eines erheblichen Zugewinns an nutzbarem Wasser für die jordanische Seite unvorteilhafter aus als der 1953 ausgehandelte und bis 1967 weitgehend akzeptierte 'Johnston-Plan' über die Wassernutzung zwischen den verfeindeten Anrainerstaaten des Jordantals¹²⁾.

Interessendivergenzen und Wunschenken: Staatliche Kooperation

Jordanien und Israel visierten mit dem Friedensvertrag eine intensive Kooperation auf Regierungsebene an. Vorgestellt wurden die gemeinsamen Projekte auf den Nahost-Wirtschaftsgipfeln, die von 1994 an die ökonomische Dimension des regionalen Friedens fördern sollten. Beim ersten dieser Treffen in Casablanca 1994 präsentierte Jordanien eine Liste mit 155 Projekten mit einem Investitionsvolumen von über 19 Milliarden US-Dollar, die sich nach dem geringen Zuspruch von Investoren bis zum Gipfel von Amman 1995 auf 27 vorrangige Projekte mit einem Investitionsvolumen von 3,5 Milliarden Dollar verkürzte. Die meisten dieser Projekte sind bis heute Wunschenken geblieben.

Herzstück der Entwicklung des Jordantales, so die jordanische Projektversion, ist ein 200 km langer Kanal zwischen Rotem und Totem Meer, der den Höhenunterschied zwischen den beiden Meeren zur Energiegewinnung nutzen soll. Mit dieser sollen wiederum Entsalzungsanlagen betrieben werden. Israel schlug als Alternative einen Kanal zwischen Mittelmeer und Totem Meer vor. Nach zweieinhalbjähriger Arbeit wurde schließlich 1997 eine Projektstudie präsentiert und an ein weiteres Unternehmen zur Evaluation übergeben¹³⁾. Der israelische Infrastrukturminister, Ariel Sharon, und der jordanische Minister für Wasser und Bewässerung, Munther Haddadin, trafen zuletzt im Februar 1998 zu Gesprächen zusammen. Danach hieß es, das fünf Milliarden US-Dollar teure Kanalprojekt und andere Maßnahmen würden weiter verfolgt, vorzeigbare Ergebnisse sind aber bis heute ausgeblieben. In einem Gespräch im Juli 1998 vertrat der Sprecher der israelischen Botschaft in Amman die Position, daß der Kanal ein rein jordanisches Projekt sei und daß man Israel für die Stagnation nicht verantwortlich machen könne.

Ein Folgeprojekt der im Friedensvertrag festgelegten Wassernutzung ist der im Vertrag vereinbarte Bau eines Staudammes bei Adassieh, mit dessen Hilfe Jordanien seinen Anteil am Wasser des Yarmuk abzweigen sollte: Nach langen Verhandlungen über den genauen Standort schlug Sharon vor, der Damm solle auf von Israel besetztem syrischen Gebiet gebaut werden. Jordanien geriet daraufhin innenpolitisch unter Druck und gab im August 1997 bekannt, daß es den Damm alleine, und auf eigenem Territorium, planen und bauen würde.¹⁴⁾

Am vielversprechendsten begann das Großprojekt eines gemeinsamen Flughafens für Aqaba und Eilat, das 1995 von vielen Beobachtern als das einzige ökonomisch tragfähige Projekt angesehen wurde.¹⁵⁾ Erst im September

1997 aber kam es zur Unterzeichnung eines Interimabkommens, das die Nutzung des bestehenden Flughafens von Aqaba ermöglichte. Das auf vier Monate angelegte Pilotprojekt sah vor, daß Flüge mit dem Ziel Eilat in Aqaba landen und die Passagiere ohne Aufenthalt an der Grenze nach Eilat gebracht werden sollten. Zunächst sollten nur israelische Flüge diese Möglichkeit wahrnehmen, bevor auch andere Fluggesellschaften in Aqaba landen sollten. Eine Zahl von etwa 30 bis 35 Flügen wöchentlich sollte schließlich erreicht werden¹⁶⁾. Ursprünglich hätten die ersten internationalen Flüge nach Eilat bereits im Juni 1997 den Flughafen Aqaba ansteuern sollen; Jordanien hatte aber die Umsetzung der Pläne aufgrund angeblich unannehmbare israelischer Sicherheitsbedingungen verweigert.¹⁷⁾ Erst mehr als drei Jahre nach Abschluß des Friedensvertrags landete erstmals ein EL AL-Flug mit 107 Passagieren in Aqaba¹⁸⁾. Nach Aussagen des Vizedirektors des Flughafens Aqaba waren inzwischen zwölf monatliche Flüge nach Aqaba vereinbart worden; der Sprecher der israelischen Botschaft in Amman hingegen betonte, daß es keinerlei Vereinbarung über die Anzahl der Flüge gegeben hätte. Im März 1998 berichtete die *Jordan Times*, daß nach enttäuschenden Ergebnissen das ganze Projekt in Frage stünde: Statt die Zahl der drei wöchentlichen Flüge nach Aqaba allmählich zu erhöhen, seien selbst von diesen noch zahlreiche abgesagt worden¹⁹⁾. Nach immer neuen Verzögerungen wurde das Abkommen im April 1998 revidiert²⁰⁾: Israel kündigte nun an, einen eigenen Terminal bauen zu wollen, der jährlich bis zu einer halben Million Passagiere abfertigen soll. Die Zehn-Millionen-Dollar-Investition wird aber auf israelischem Territorium gebaut und allein israelischer Kontrolle unterliegen. Vom ursprünglich geplanten „Peace Airport“ bleibt damit nur noch eine gemeinsam genutzte Landebahn übrig.

Ein weiteres Projekt, das 1995 in Amman für Aufsehen gesorgt hatte, war die Naturgas-Pipeline von Qatar nach Israel, die der US-Energiekonzern Enron für zwei Milliarden US-Dollar bauen sollte und die auch Jordanien erhebliche Profite beschern sollte.²¹⁾ Im Oktober 1995 unterzeichneten Israel und Jordanien mit dem Unternehmen Memoranden, nach denen der Konzern ein Abkommen mit Qatar über die Lieferung von jährlich 200 Millionen Tonnen Flüssiggas abschließen sollte. Ein Jahr später informierte das israelische Infrastrukturministerium Enron, daß das Exklusivrecht der Firma, mit Qatar zu verhandeln, hinfällig geworden sei. Die neue israelische Regierung dementierte zwar die Absage des Projekts nachdrücklich, von einer Umsetzung aber kann nicht mehr ausgegangen werden.

Viele der ursprünglich anvisierten Projekte fielen dem Mangel an Finanzierungsmöglichkeiten zum Opfer. Andere, die finanzierbar gewesen wären, scheiterten an einem politischen Klima, das von Kompromißunfähigkeit geprägt ist. Wie in den Jahren vor dem Friedensschluß existieren aber weiterhin informelle, funktionale Kooperationsformen: 1997 berichtete die *Jordan Times*: „Israel drückt gegenüber Tausenden von illegalen jordanischen Arbeitern innerhalb seiner Grenzen ein Auge zu und sorgt damit für eine unausgesprochene Friedensdividende.“²²⁾ Die Zahl dieser Arbeiter läßt sich schwer bestimmen; Schätzungen reichen von 10000 bis 25000 Arbeitsemigranten.²³⁾ Angesichts eines Durchschnittseinkommens von weniger als 200 US-Dollar im Monat in Jordanien sind die ca. 2000 US-Dollar, die Jordanier in Israel verdienen können, ein beachtliches Einkommen. Der jordanische Botschafter in Tel Aviv dementierte die Existenz einer geheimen Übereinkunft, eine Sprecherin des israelischen Innenministeriums bestätigte aber, daß Jordanier, solange sie nicht unangenehm auffielen, kaum etwas zu befürchten hätten²⁴⁾. Besonders brisant ist, daß jordanische Arbeiter in Israel meist Palästinenser aus Gaza und der Westbank ersetzen. Das Bekanntwerden einer Übereinkunft über Arbeitsmigration zwischen Israel und Jordanien böte zweifellos reichlich politischen Zündstoff für das jordanisch-palästinensische Verhältnis.

Zu hohe Erwartungen und zu viele Barrieren: grenzüberschreitender Handel

Handel war einer der Bereiche, auf die Jordanien nach Unterzeichnung des Friedensvertrages besondere Hoffnungen gesetzt hatte. Zahlreiche Studien hatten ein beträchtliches Potential angenommen, sollten Israel und Jordanien teure Importe aus Drittstaaten durch Einfuhren aus dem jeweiligen Nachbarland ersetzen. Das Münchner Ifo-Institut schätzte das Exportvolumen von Israel nach Jordanien auf 60 bis 200 Millionen US-Dollar und in umgekehrter Richtung auf 60 bis 100 Millionen.²⁵⁾ Dazu erhoffte sich die jordanische Wirtschaftselite hohe Gewinne durch den Transithandel von Israel in die umliegenden arabischen Staaten und zurück.

Die euphorische Erwartung wirtschaftlicher Prosperität vieler Jordanier deckte sich aber nicht mit den Warnungen, die in fast allen Studien enthalten waren: Die Deutsch-Arabische Handelskammer (Kairo) hatte schon 1995 nachdrücklich darauf hingewiesen, daß regionale wirtschaftliche Integration und Zusammenarbeit kein Automatismus seien, sondern daß vielmehr die in über einem halben Jahrhundert Konflikt aufgebauten Feindbilder Bemühungen um eine ökonomische Integration auf Regierungsebene behindern würden. Ebenso würden unterschiedliche politische Weltbilder und kulturelle Prägungen von Unternehmern die Aufnahme von Handelsbeziehungen erschweren.²⁶⁾

Ein Jahr nach Vertragsabschluß konnte ein Handelsabkommen zwischen Jordanien und Israel geschlossen werden. Praktisch begann aber erst im Juni 1996 mit Inkrafttreten eines Transportabkommens der offizielle Handel zwischen Jordanien und Israel.²⁷⁾ Dieses Back-to-back-Abkommen sah vor, alle Güter auf der jordanischen Seite der Grenze zu entladen, durch die israelischen Sicherheitskontrollen zu bringen und dann mit israelischen Fahrzeugen weiterzutransportieren. Da es dabei nicht nur zu unverhältnismäßigen Verspätungen mit erhöhten Kosten, sondern häufig auch zu Beschädigungen und Verlusten der Waren kam,²⁸⁾ bestand die jordanische Regierung auf einem neuen Abkommen. Das neue Door-to-door-System, das den Handel ab Jahresbeginn 1997 merklich steigern sollte, erlaubte nun den direkten Transport von Gütern über die Grenze an ihren Bestimmungsort in Israel.²⁹⁾

Die Schwierigkeiten mit dem Back-to-back-Abkommen wurden schließlich für das niedrige Handelsvolumen 1996, dem ersten statistisch erfaßten Jahr, verantwortlich gemacht: Israelische Exporte nach Jordanien hatten einen Wert von 12,25 Millionen US-Dollar, Jordaniens Exporte nach Israel betragen 5,75 Millionen Dollar.³⁰⁾ 1997 machten Israelis und Jordanier unterschiedliche Angaben über das bilaterale Handelsvolumen: Israel gab an, daß seine Importe aus Jordanien einen Gesamtwert von 12,5 Millionen US-Dollar hatten und die israelischen Exporte in das Königreich sich auf 20 Millionen Dollar beliefen. Die jordanische Seite hingegen bezifferte die jordanischen Exporte insgesamt auf 22 Millionen US-Dollar, die Importe aber nur auf neun Millionen Dollar.³¹⁾ Die widersprüchlichen Angaben lassen sich als Ausdruck der Bemühungen Jordaniens interpretieren, der eigenen Bevölkerung demonstrieren zu wollen, daß die Furcht vor einer wirtschaftlichen Dominanz Israels unbegründet sei. Insgesamt ist das Exportvolumen für beide Seiten im Vergleich zu den Exporten in andere Länder marginal: Der israelische Anteil an Jordaniens Außenhandel liegt bei unter einem Prozent, Jordaniens Anteil am israelischen Außenhandel ist noch geringer.

Kein Quantensprung: jordanisch-palästinensischer Handel

Die geographische Nähe und die besonderen Beziehungen zwischen Jordaniern und Palästinensern – etwa 60 Prozent der jordanischen Bevölkerung sind palästinensischer Abstammung – geben dem Friedensprozeß zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde (PNA) eine besondere innenpolitische Bedeutung in Jordanien und bilden den Hintergrund für das große Interesse Jordaniens an einer Steigerung des jordanisch-palästinensischen Handels. Für viele Unternehmer mit familiären und freundschaftlichen Beziehungen über den Jordan ist die Westbank ein natürlicher Markt für ihre Produkte und Waren.³²⁾

Tatsächlich aber ist der bilaterale Handel zwischen den beiden Ufern des Jordans eine trilaterale Angelegenheit: 1994 hatten Jordanien und die PNA ein weitreichendes Kooperationsabkommen unterzeichnet, das aber bald revidiert werden mußte, nachdem das israelisch-palästinensische Wirtschaftsabkommen eine Zollunion und damit den Fortbestand der völligen israelischen Kontrolle über den palästinensischen Markt sowie die wenigen Produkte, die von Jordanien aus importiert werden durften, festgelegt hatte. Im Mai 1995 wurde ein neues Abkommen zwischen PNA und Jordanien unterzeichnet, mit dem Zollfreiheit bzw. Steuererleichterungen für etwa 50 Produkte geregelt wurden.³³⁾

Jordanische Geschäftsleute und Politiker beklagen aber regelmäßig das niedrige Handelsvolumen mit den Palästinensischen Gebieten: Hani Mulki, der jordanische Handelsminister, kritisierte Israel im Februar 1998 heftig, nachdem nach offiziellen Statistiken die palästinensischen Exporte nach Jordanien 1997 einen Wert von lediglich 15 Millionen US-Dollar gehabt und die Importe aus Jordanien 30,5 Millionen Dollar betragen hatten.³⁴⁾ Nach anderen Angaben betragen die jordanischen Exporte nur zwölf Millionen US-Dollar, die Importe aus Gaza und

der Westbank 22,9 Millionen.³⁵⁾ Statt eine Steigerung des Handelsvolumens zwischen den besetzten Gebieten und Jordanien zu erzielen, das sich im Rahmen der Politik der „offenen Brücken“ zwischen 1967 und 1988 jährlich auf etwa 100 Millionen US-Dollar belaufen hatte,³⁶⁾ fällt der Handel zwischen Jordanien und den palästinensischen Gebieten heute deutlich geringer aus.

Der jordanisch-palästinensische Handel leidet vor allem unter den eingeschränkten Transportmöglichkeiten: Bislang hat sich Israel geweigert, das Door-to-door-Abkommen auch auf den Handel zwischen den Palästinensischen Gebieten und Jordanien auszuweiten. Die Presse spekulierte, daß die Verzögerungen beim Abschluß des ersten Transportabkommens mit Israel deswegen zustandekamen, weil Jordanien das Abkommen auch auf den Gütertransport in die besetzten Gebiete ausdehnen wollte, was Israel zu vermeiden suchte.³⁷⁾

Durch die israelische Kontrolle über die Grenzen sind alle Importe nach Gaza und in die Westbank den von Jordanien und Palästinensern als Schikane empfundenen Sicherheitsmaßnahmen sowie dem strengen israelischen Zollregime gegenüber ausländischen Gütern unterworfen. Das geringe Handelsvolumen ist demnach hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Außengrenzen der palästinensischen Gebiete unter vollkommener Kontrolle Israels sind. Ende Juni 1997 traf sich der israelische Handelsminister Sharansky mit Mulki und dem stellvertretenden Premier Anani, genau einen Tag, nachdem dieser scharfe Kritik daran geübt hatte, daß Israel unter dem Vorwand von Sicherheitsbestimmungen den jordanisch-palästinensischen Handel einschränke. Sharansky versprach, daß Israel die Hindernisse so bald wie möglich beseitigen werde und daß „Jordanien Unternehmer noch im Sommer 1997 eine deutliche Verbesserung spüren“ würden.³⁸⁾ Ein Jahr später ist von der Umsetzung dieses Versprechens nichts zu spüren.

Jordanien und die Palästinensische Autonomiebehörde schlossen 1997 weitere Abkommen über Zusammenarbeit in vielen Bereichen. So sollten palästinensische Produkte von der jordanischen Verkaufssteuer ausgenommen und die Liste der importierbaren Güter erweitert werden. Zusätzlich sollten der Transport zwischen East- und Westbank und die Grenzübergangsprozedur vereinfacht, Standards anerkannt und der Tourismus gemeinsam gefördert werden. All diese Vereinbarungen blieben jedoch vom israelischen Einverständnis abhängig, das bis heute aussteht. Schon seit 1995 hätte Israel gemäß dem israelisch-palästinensischen Wirtschaftsabkommen die Zahl der Produktkategorien und die zugelassenen Mengen erhöhen müssen. Erst im März 1998 fing die israelische Seite an, dieser Verpflichtung nachzukommen.³⁹⁾

Die Probleme beim jordanisch-palästinensischen Handel sind sicherlich nicht allein von Israel verursacht: Nach Aussagen von Experten fehlt es zwischen PNA und Jordanien an „effektiver Koordination auf allen Ebenen.“⁴⁰⁾ Die jordanische Wirtschaft stellt sich ungenügend auf die israelischen Standards und Normen ein⁴¹⁾ und verhandelt gerne bilateral mit der palästinensischen Seite, wohl wissend, daß die palästinensischen Gebiete zum israelischen Zollgebiet gehören.

Beispiele für die Zusammenarbeit im Privatsektor

Erfolgreicher als die öffentliche Kooperation und der grenzüberschreitende Handel war bislang die Zusammenarbeit in der Privatindustrie. Ein Großteil der realisierten Projekte ist in einem Industriegebiet in Irbid angesiedelt, das durch eine Vereinbarung auf dem Wirtschaftsgipfel von Doha im November 1997 zur sogenannten Qualifying Industrial Zone (QIZ) erklärt wurde. Unter den Bestimmungen des Abkommens müssen jordanische und israelische Produzenten mindestens je 11,7 Prozent und insgesamt mindestens 35 Prozent Anteil an der Produktion einer Ware in diesem Industriegebiet haben, damit das Produkt zollfreien Zugang zum amerikanischen Markt erhält, ohne daß amerikanische Güter in Jordanien den gleichen Status erhalten⁴²⁾ – dieses weltweit fast einzigartige Privileg ist Ausdruck der Bemühungen der Vereinigten Staaten, Jordanien Beteiligung am Frieden zu belohnen und mit der Schaffung von Arbeitsplätzen zur wirtschaftlichen Stabilisierung beizutragen.⁴³⁾

Weniger als einen Monat nach der offiziellen Einweihung der QIZ wurde schon im März 1998 ein Erweiterungsplan vorgestellt, der 2400 Arbeitsplätze in 60 Fabriken schaffen soll.⁴⁴⁾ Neueste Entwicklung ist die geplante Nutzung einer zweiten Zone zu beiden Seiten der Grenze im Jordantal ab 1999/2000.⁴⁵⁾ Da es dann möglich sein

wird, die Vorteile der QIZ auf israelischem Boden zu genießen, besteht aber aus jordanischer Sicht die Gefahr, daß mul-tinationale Konzerne sich zukünftig nur noch auf der anderen Seite der Grenze niederlassen werden.

Die QIZ ist bisher das erfolgreichste Projekt der israelisch-jordanischen Zusammenarbeit. Die jordanische Aktien-gesellschaft Century Investment Group beschäftigt 1200 Angestellte in zwölf Werken in der Zone, alle auf der Basis einer 50/50-Partnerschaft mit multinationalen Konzernen, die in Israel Niederlassungen unterhalten.⁴⁶⁾ Unter anderem kooperiert die Century-Gruppe mit dem amerikanischen Unternehmen Sara Lee, um Marken-Unter-wäsche herzustellen, stellt Nahrungsmittelverpackungen her, arbeitet mit dem Schmuckhersteller Holland Gold zusammen, mit dem US-Unternehmen Nevron zur Herstellung von Batterien, produziert in Kooperation mit Motorola Elektronikkomponenten, fertigt Anzüge für Daniel Hechter und medizinische Textilien und betreibt mit U.S. Leisure Plastics eine Spritzgußfabrik. Zusätzlich entsteht ein Programmierzentrum für Sara Lee. Neuestes Projekt ist die Schaffung von 1200 Arbeitsplätzen in der Produktion von Jeans in Zusammenarbeit mit dem U.S.-Unternehmen Jordache für den Export nach Europa und Amerika.⁴⁷⁾

Besonders im Bereich der Textilproduktion gibt es eine weitgehende Zusammenarbeit zwischen israelischen und jordanischen Unternehmen. Zeitungsberichte sprachen von der Entlassung von bis zu 5000 israelischen Arbeitern aufgrund von Produktionsverlagerungen nach Jordanien und Ägypten.⁴⁸⁾ Nach Angaben des Handelsattachés der israelischen Botschaft in Amman, Shaul Sasson, kooperierten im März 1998 30 jordanische mit 17 israelische Textilunternehmen, um die fertigen Produkte in die USA zu exportieren. Die Textilbranche zeigt aber auch die Schwächen des QIZ-Status auf: Jährlich werden die Bedingungen neu verhandelt. Regionale Instabilität und die Tatsache, daß die Ansiedlung unter dem Status der QIZ lediglich aufgrund der besonderen Privilegien (zollfreier Zugang zum US-Markt) interessant ist, sind Gründe dafür, daß nur solche Arbeitsplätze geschaffen werden, die innerhalb kürzester Zeit wieder an einen anderen Ort verlagert werden können.

Wegen des Mangels an Programmierern in Israel sind derzeit laut Sasson weitere Firmen auf der Suche nach jordanischen Kooperationspartnern im Software-Bereich. Das erste bekannt gewordene Projekt dieser Art ist ein isra-elisch-jordanisches Software-Entwicklungszentrum in Amman.⁴⁹⁾ Der Softwaresektor könnte ein weiterer Bereich sein, in dem die jeweiligen komparativen Vorteile von Jordanien (niedrige Lohnkosten, relativ hohes Bildungs-niveau) und Israelis (technologisches Know-How) zu einer gewinnbringenden Kooperation führen. Ro'ey Gilad, Sprecher der israelischen Botschaft in Amman, spricht insgesamt von etwa 2000 bis 3000 Arbeitsplätzen, die durch Kooperation geschaffen worden seien. Neben der Century-Gruppe und vereinzelt kleineren Projekten beschäftigt z. B. der israelische Textilproduzent Castro, der u. a. für den deutschen Warenversand Otto fertigt, inzwischen 500 Angestellte in fünf Fabriken in Jordanien.⁵⁰⁾

Rückzugsgefechte gegen die Normalisierung: die innenpolitische Opposition

Maßgebliche Teile der jordanischen Gesellschaft lehnen seit 1994 jegliche Form der Normalisierung der Beziehungen mit Israel (arab. *tatbi'a*) ab und boykottieren nicht nur jeglichen Kontakt mit Israel und Israelis, sondern auch alle vermeintlichen „Kollaborateure“ in Jordanien. Während unmittelbar nach dem Friedensvertrag auf der politischen Ebene die Normalisierung vorangetrieben und hohe Erwartungen der Bevölkerung mit dem Versprechen auf sofortige ökonomische Auswirkungen geweckt wurden, wehrten sich die Berufsverbände von Beginn an gegen jegliche Normalisierung. So drohten beispielsweise die Verbände der Schriftsteller⁵¹⁾, der Journalisten und der Ingenieure andersdenkenden Kollegen mit dem Ausschluß:⁵²⁾ Journalisten verlieren bis heute ihre Mitgliedschaft im pro-irakisch ausgerichteten Berufsverband, wenn sie nach Israel reisen. Dies kommt einem Berufsverbot gleich.⁵³⁾ Die Jordanian Engineers' Association führt eine Schwarze Liste, die sie im Februar 1998 in jordanischen Tageszeitungen zu veröffentlichen drohte, um Unternehmen von der Kooperation mit Israel abzuhalten.⁵⁴⁾ Auch die Industrie- und Handelskammern lehnen jegliche Normalisierung ab. Von den jordanischen Zeitungen wagt nur die englischsprachige *Jordan Times* regelmäßige Kontakte mit der israelischen Botschaft.

Im April 1997 rief der jordanische Vorsitzende des Unternehmervereins Arab Businessmen Association, Hamdi Tabaa, zur Wiederaufnahme des totalen Boykotts gegen Israel auf. Zwar folgte dieser Aufruf der Aufforderung der Arabischen Liga, ihre Mitgliedsstaaten sollten jegliche Normalisierung mit Israel einstellen, nachdem die

israelische Regierung den Bau der Siedlung Har Homa angekündigt hatte. Doch begründete Tabaa diesen Schritt auch damit, daß Israel Instabilität in die Region gebracht und ausländische Investoren abgeschreckt habe.⁵⁵⁾

Selbst jordanische Regierungsstellen behindern die Normalisierung zwischen beiden Ländern: Das Press and Publications Department, das als Zensurinstanz für alle Medien fungiert, verhinderte die Einfuhr von 56 israelischen Büchern mit der Begründung, sie verspotteten die islamische und arabische Kultur. Der betroffene Buchhändler hingegen wies auf das Abkommen zwischen Israel und Jordanien, den kulturellen Austausch zu fördern, hin und bezeichnete das Verbot als sinnlos und rein politisch motiviert.⁵⁶⁾

Ein noch deutlicheres Beispiel, wie trotz offensichtlichen Interesses auf israelischer Seite Handel und Wirtschafts-kooperation von der Opposition angegriffen und sabotiert werden, sind die Proteste gegen die erste israelische Industriemesse in Amman Anfang 1997. Der Organisator der Messe sah in ihr die Möglichkeit, israelische Firmen dazu zu bringen, innenpolitischen Druck auf ihre Regierung auszuüben, um ungestört Handel mit Jordanien treiben zu können.⁵⁷⁾ Die Gegner der Messe, darunter die Handelskammer Amman und die Jordanian Businessmen Association, sahen keinen Sinn darin, vor der vollständigen Umsetzung aller Vereinbarungen eine solche Messe zu veranstalten.⁵⁸⁾ Die ebenfalls regierungskontrollierte Jordan Press Association unterstützte die von den Islamisten initiierte Kampagne gegen die Messe und versuchte die Berichterstattung über das Ereignis zu verhindern bzw. die öffentliche Meinung gezielt gegen die Messe zu beeinflussen. Das National Jordanian Committee for Cancelling the Israeli Trade Fair, das von dem früheren Premierminister und Normalisierungsgegner Ahmad Obeidat geleitet wurde, bedrohte Jordanier, die die Messe besuchen wollten, mit schwarzen Listen.⁵⁹⁾ Schließlich wurde die Messe mit zwei Tagen Verspätung unter dem Protest von 3000 Demonstranten eröffnet. Neben Islamisten und anderen Gegnern des Friedens schlossen sich den Massenprotesten nun auch ehemalige Befürworter des Friedens an. Konsequenz der harschen Proteste gegen die israelische Messe war, daß nur wenige Jordanier den Spießrutenlauf wagten und die Messe besuchten.

Die hauptsächlich von den Islamisten und den Nationalisten getragene prinzipielle Ablehnung jeglicher Normalisierung ist gleichzeitig auch gegen das Regime gerichtet. Die Opposition der Unternehmer aber, deren große Erwartungen enttäuscht wurden und die sich nun gegen eine Zusammenarbeit mit den Israelis sträuben, weil sie Benachteiligungen befürchten, ist in höchstem Maße kontraproduktiv: Ihre aus Enttäuschung resultierende Ablehnung macht jegliche konstruktive Zusammenarbeit nur noch unwahrscheinlicher. Nur eine kleine Minderheit nutzt die Vorteile der Qualifying Industrial Zone aus, der überwiegende Teil der jordanischen Unternehmer sieht lediglich die als unverdient betrachteten Privilegien für Israel und lehnt die gebotenen Möglichkeiten ab. Dabei bringt gerade dieser Mangel an Pragmatismus Jordanien um eine aufgrund der wirtschaftlichen Situation dringend benötigte Friedensdividende.

Für die Befürworter des Friedensvertrages niederschmetternd sind auch die Ergebnisse einer Umfrage des Center of Strategic Studies der University of Jordan, die im Januar 1998 veröffentlicht wurde: Über 80 Prozent aller Jordanier glauben nun wieder, Israel sei ihr Feind. Ebenfalls etwa 80 Prozent der Befragten denken, daß Israelis Jordanier als ihre Feinde betrachten.⁶⁰⁾

Frieden alleine reicht nicht aus: geringe ausländische Privatinvestitionen

In Verbindung mit dem Friedensprozeß begann Jordanien, sich als aufstrebende Volkswirtschaft und regionale Drehscheibe zu präsentieren.⁶¹⁾ Es setzte seine Hoffnungen, wie auch andere Länder der Region, auf den Anstieg privater Investitionen, die dem Land Kapital, Arbeitsplätze und die Entwicklung einer modernen Industrielandschaft durch Technologie- und Know-how-Transfers bescherten würden.

Obwohl es kaum verlässliche Datenerhebungen gibt, läßt sich feststellen, daß die Privatinvestitionen zwischen 1990 und 1997 gering gewesen sind. Ein Experte ging so weit zu behaupten: „Private Direktinvestitionen sind nichtexistent.“⁶²⁾ Auch die stellvertretende Direktorin der staatlichen Investment Promotion Corporation mußte in einem Interview zugeben, daß ausländische Direktinvestitionen seit dem Friedensvertrag enttäuschend gering gewesen sind. Abgesehen von vereinzelten Großprojekten, die mit Unterstützung der Regierung in den Genuß von Sonderkonditionen kommen und die Investitionen, die internationale Hotelketten unmittelbar nach dem Friedens-

schluß in Amman, Petra und am Toten Meer tätigten, blieben die erhofften Investitionen aus dem Ausland weitgehend aus.

Im Mai 1998 schlossen die jordanische Dead Sea Industries Company und das amerikanische Unternehmen Alumarle ein Abkommen zum gemeinsamen Bau und Betrieb einer Bromfabrik, womit 300 Arbeitsplätze entstehen sollen. Zuvor hatte das staatliche jordanische Unternehmen lange mit einem israelischen Partner über eine gemeinsame Produktionsstätte am Toten Meer verhandelt, politische Gründe verhinderten aber eine Übereinkunft.⁶³⁾

Das Ausbleiben nennenswerter privater Direktinvestitionen ist maßgeblich auf zwei Faktoren zurückzuführen: die negative Entwicklung des Friedensprozesses und die daraus resultierende Unsicherheit in der Region sowie die fortbestehenden strukturellen Probleme Jordaniens. Der Stillstand im Friedensprozeß sowie die anhaltende Instabilität in der gesamten Region haben dazu geführt, daß potentielle Investoren nach anfänglichem Interesse sehr bald wieder abgeschreckt wurden.⁶⁴⁾ Es gelang König Hussein zwar, den Spagat zwischen den wirtschaftlichen Kontakten zum Irak und den Bemühungen um politische und wirtschaftliche Normalisierung mit Israel durchzuhalten: Angesichts der Gefahr eines erneuten Militärschlages gegen den Irak im Frühjahr 1998 gab das fragile Jordanien als Wirtschaftsstandort ein nur wenig vertrauenerweckendes Bild ab. Von schwierigen Nachbarn umgeben und von regionalen Turbulenzen empfindlich getroffen, hat Jordanien, ohne nennenswerten Binnenmarkt oder Sprungbrettfunktion in die Region, kaum Chancen, substantielle Anteile an internationalen Investitionsflüssen zu akquirieren.⁶⁵⁾ Eine schwerfällige Bürokratie und der Mangel an Facharbeitern kommen hinzu.

Um eine Verbesserung des Investitionsklimas durch Anreize für ausländische Investoren und die Privatisierung von Staatsbetrieben zu erreichen, werden seit 1995 ausländische Investoren inländischen gleichgestellt und von der Einkommensteuer ausgenommen sowie Finanztransaktionen vereinfacht.⁶⁶⁾ Außer dem Abbau von Zöllen und Subventionen hat die Regierung ihre Anteile an zahlreichen Hotels verkauft und plant die teilweise Privatisierung zahlreicher Großbetriebe wie der Jordan Telecommunications Corporation, der staatlichen Zementfabriken, der Aqaba Railway Corporation, der Fluglinie Royal Jordanian und des Hafens Aqaba. Der Privatisierungsprozeß ist innenpolitisch höchst umstritten und geht nur schleppend voran.⁶⁷⁾ Nachdem 1998 zahlreiche Parlamentsabgeordnete Kritik an den Plänen geäußert hatten, weil sie eine Dominierung der jordanischen Wirtschaft durch das Ausland befürchteten, erklärte die Regierung ihre Absicht, einige Sektoren für ausländische Investoren zu sperren.⁶⁸⁾ Gegner der Privatisierung warnen vor Preissteigerungen, Instabilität und Arbeitsplatzabbau, während Befürworter darauf hinweisen, daß die Subvention der ineffizient arbeitenden Staatsbetriebe weitere Kredite erfordere, die wiederum Jordaniens Schuldenlast vergrößern.⁶⁹⁾

Jordanien hat es trotz positiver Ansätze versäumt, nach 1994 effiziente investitionsfördernde Strukturen zu schaffen, die die offensichtlichen Standortnachteile auszugleichen vermögen:⁷⁰⁾ Eine Studie brachte im April 1998 zutage, daß schwerfällige administrative Prozeduren (*red tape*) ein großes Hindernis bei der Etablierung einer Niederlassung darstellen: Willige Investoren müssen 16 Genehmigungen einholen, bevor das Unternehmen tätig werden kann, viele davon haben keinen klar erkennbaren Zweck.⁷¹⁾ Ausländische Investoren, die Land erwerben wollten, können dies nur, wenn ein entsprechender Kabinettsbeschluß vorliegt.

Viele Hotels, unsichere Gäste: die fragile Lage im Tourismus

Besonders große Hoffnungen hatte Jordanien in den Fremdenverkehr gesetzt. Aufgrund der Bedeutung des Sektors wurde schon 1994/95 eine regionale Tourismusbehörde, die Middle East Mediterranean Travel and Tourism Association (MEMTTA)⁷²⁾ ins Leben gerufen. Erst im Anschluß an den Gipfel 1996 in Kairo jedoch einigte man sich über die (immer noch vagen) Ziele, die die Behörde verfolgen sollte, darunter vor allem die Vereinfachung des Grenzübertritts zwischen den einzelnen Ländern.⁷³⁾ In der Praxis bestehen aber die aufwendigen Grenzkontrollen weiter, Visa sind teuer und umständlich zu erhalten, und viele Grenzübergänge sind kaum an die öffentlichen Transportnetze angebunden.

In Jordanien hatte der Tourismus stark unter den Auswirkungen des Golfkriegs gelitten. 1991 lagen die Einkünfte aus dem Fremdenverkehr um 36,4 Prozent niedriger als im Vorjahr, die Zahl der Pauschaltouristen sank um zwei Drittel. 1992 erholte sich der Tourismus, das Wachstum flaute aber in den folgenden beiden Jahren wieder ab. Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages im Oktober 1994 sah es zunächst so aus, als würde die gesamte Branche massiv zulegen können: 1994 kamen die ersten 11 000 israelischen Besucher, 1995 waren es 100 000, 1996 dann 121 000 israelische Touristen, die über die Grenze strömten. Die Zahl der Hotels stieg von 262 (1994) auf 324 (1996) und die Einkünfte aus dem Fremdenverkehr wuchsen 1995 und 1996 um jeweils 14 Prozent bis auf über 700 Millionen US-Dollar.

Das Jahr 1996 aber markierte die Wende. Die israelische Vergeltungsaktion im Südlibanon (Qana) im April und die schweren Unruhen, die im September in den besetzten Gebieten ausbrachen, als der neue israelische Premier Netanjahu den umstrittenen Tunnel in der Jerusalemer Altstadt öffnen ließ, führten zur Stornierung vieler Pauschalreisen in die Region und schreckten potentielle Besucher ab.⁷⁴⁾ Das Abflauen des Tourismusbooms kann aber nur teilweise auf die politische Situation in der Region zurückgeführt werden. Daneben sind es Unzulänglichkeiten in Jordanien selbst, die Besucher mit negativen Erfahrungen in ihre Heimatländer zurückkehren ließen. Privat-unternehmer griffen die Regierung an und warfen ihr unzulängliche Planung und Vermarktung des Königreiches im Ausland vor, außerdem fehle es an der notwendigen Infrastruktur.⁷⁵⁾

Hauptgrund für die enttäuschenden Resultate im Fremdenverkehr – die Zahl der Touristen sank 1997, die Einkünfte wuchsen nur noch um vier Prozent – waren aber die anhaltenden Unruhen: Das Attentat auf sieben israelische Schulmädchen im März 1997 versetzte dem Sektor einen weiteren schweren Schlag: Unmittelbar nach dem Vorfall sagten viele Touristen ihre geplanten Reisen ab.⁷⁶⁾ Aufgrund des Stillstands bei den israelisch-palästinensischen Verhandlungen, der ständigen Spannungen und der neuerlichen Irak-Krise im Frühjahr 1998 konnte sich die Branche nicht erholen und die beiden größten Personentransportunternehmen des Landes, JETT und Alpha, stellten schließlich ihre täglichen Fahrten zu Touristenzielen, darunter Jordaniens Hauptattraktion Petra, vorübergehend ein, weil die niedrige Zahl der Kunden den Aufwand nicht mehr rechtfertigte.⁷⁷⁾ Anfang 1998 unterzeichnete Jordanien ein eher symbolisches Abkommen mit Israel, das den Aufenthalt von größeren Touristengruppen für drei Tage in Aqaba und vier Tage in Eilat vorsah.⁷⁸⁾

Die Entwicklung in der Tourismusbranche zeigt in besonderem Maße die Diskrepanz zwischen Erwartungen und realer Entwicklung: Die auf den hohen Erwartungen von 1994 fußenden Kapazitätsausweitungen stehen in keiner-lei Verhältnis mehr zum tatsächlichen Potential.

Externe Rentenflüsse: Überlebensgarantie des Königreiches

Die aufgrund der proirakischen Parteinahme Jordaniens ausbleibenden Hilfszahlungen aus den Golfstaaten⁷⁹⁾ hatten auf die ins Land fließenden Kredite und Zuschüsse zunächst keinen gravierenden negativen Einfluß und wurden durch Zahlungen anderer Staaten, besonders Japans, aufgefangen. 1993 sanken die Zahlungen aus dem Ausland aber im Vergleich zu 1991 (insgesamt 612 Millionen Dinar) um mehr als die Hälfte auf nur noch 281 Millionen Jordanische Dinar. Gleichzeitig erreichte der Schuldendienst mit 496 Millionen Dinar eine Höhe, die die Einkünfte aus Krediten und Zuschüssen um mehr als 200 Millionen Dinar überschritt.

Jordanien: Kredite, Zuschüsse und Schuldendienst 1989-1998 (in Mio. JD)

Jahr	Kredite	Zuschüsse	Summe gesamt	Schulden	Schulden- dienst
1989	(500)*	262	(762)	5,409	351
1990	374	164	538	5,063	315
1991	371	241	612	4,958	470
1992	306	198	504	4,578	600

1993	118	163	281	4,230	496
1994	250	176	426	4,339	350
1995	444	183	627	4,466	333
1996	449	191	640	4,723	135
1997**	169	403	572	—	169
1998***	232	383	615	—	141

Quelle: Central Bank of Jordan, zitiert nach Oliver Wils, 1998

* Schätzung

** Vorläufige Zahlen

*** Hochrechnung

1991: JD 1 = US-Dollar 1,47

1996: JD 1 = US-Dollar 1,41

In dieser kritischen Situation versprach der Friedensschluß mit Israel Linderung: Noch am Tage der Unterzeichnung des Vertrages versprach US-Präsident Clinton in einer Rede vor dem jordanischen Parlament, Jordaniens offizielle Schulden gegenüber den USA in Höhe von rund 702 Millionen US-Dollar zu erlassen. König Hussein distanzierte sich im August 1995 endgültig vom Irak, bis September 1995 waren die Schulden schrittweise erlassen. Zum Zeichen erneuerten Vertrauens wurden 1996 die amerikanische Militärhilfe aufgestockt und Aufklärungsflugzeuge in Jordanien⁸⁰⁾ stationiert.

Die Weltbank befürwortete seit 1994 Schuldenerlasse, um Jordaniens wirtschaftliche Lage im beginnenden Friedensprozeß zu stabilisieren und die Unterstützung der breiten Bevölkerung zu stärken. Großbritannien erließ im Juli 1994 92 Millionen US-Dollar; von den 1995 noch ausstehenden Schulden wurden etwa zwei Drittel umgeschuldet. Deutschland erließ Jordanien über 30 Millionen Dollar und schuldete über 100 Millionen um. Ebenso verhielten sich zahlreiche weitere Gläubigerstaaten. Die unmittelbaren Auswirkungen dieser Maßnahmen blieben aber relativ gering, da die meisten dieser Schulden bereits direkt nach dem Golfkrieg durch den 'Pariser Klub' umgeschuldet worden waren. Ursprünglich hatte Jordanien wohl gehofft, daß die ausländischen Gläubiger bis zu 3,3 Milliarden US-Dollar erlassen würden.⁸¹⁾ Premierminister Sharif Zayd Ben Shakir stritt aber ab, das Königreich hätte Finanzhilfen in der Größenordnung jener fünf Milliarden US-Dollar erwartet, die Ägypten für den Abschluß des Camp-David-Abkommens bekommen hatte.

1997 wies Außenminister Anani darauf hin, daß die Umschuldungsmaßnahmen Jordanien vor dem drohenden wirtschaftlichen Kollaps gerettet hätten.⁸³⁾ Auch der Wirtschaftsexperte Fahed Fanek interpretiert die Wiederaufnahme der Finanzleistungen als nicht zu vernachlässigende Friedensdividende, zumal die USA nach dem für Jordanien politisch und wirtschaftlich so negativen Jahr 1996 ihre Hilfen erneut aufstockten: „Zu Beginn der neunziger Jahre, rechnet Fanek vor, hätten die Vereinigten Staaten an Israel jedes Jahr 3,2 Milliarden Dollar überwiesen und an Ägypten 2,1 Milliarden Dollar, an Jordanien aber nur sieben bis zehn Millionen Dollar Wirtschaftshilfe und 50 bis 70 Millionen Dollar Militärhilfe. 1997 hat Washington die Zahlungen um 100 Millionen Dollar erhöht; für 1998 stellen die Vereinigten Staaten sogar einen Scheck von 225 Millionen Dollar aus.“⁸⁴⁾

Spätestens seit 1997 läßt sich aber kaum noch unterscheiden, inwieweit die amerikanische Finanzhilfe als Belohnung für den Friedensschluß zu werten ist bzw. bereits ein Zugeständnis darstellt, das die allgemeine Unzufriedenheit über die ausgebliebene Friedensdividende mildern sollte. Die *Jordan Times* schrieb die Erhöhung der amerikanischen Wirtschaftshilfe auf 225 Millionen US-Dollar für 1998 dem Protest der jordanischen Regierung über das Ausbleiben spürbarer Profite durch den Frieden zu.⁸⁵⁾

Fazit und Ausblick

Die Friedensdividende, die sich das Haschemitische Königreich Jordanien 1994 von der Formalisierung einer schon länger bestehenden funktionellen Kooperation mit Israel erhofft hatte, ist weit hinter den Erwartungen zu-

rückgeblieben. Ein für das Königreich allerdings existentielles Problem hat der Vertrag gelöst: Israel hat die jordanischen Staatsgrenzen anerkannt. Nach jordanischer Auffassung beendet dies jegliche Spekulation um Jordanien als Ersatz für Palästina (arab. *watan badil*), ein Konzept, das besonders von Ariel Sharon immer wieder in die Diskussion gebracht worden war und in Jordanien große Verunsicherung ausgelöst hatte.

Die hochfliegenden Kooperationspläne zwischen Israel und Jordanien, die nach dem Friedensvertrag gehandelt wurden, aber auch die zahlreichen Projekte, die unter Einsatz erhoffter Milliarden aus dem Ausland ins Werk gesetzt werden sollten, sind einer weitgehenden Desillusionierung gewichen. Die Gründe dafür sind vielfältig: einerseits war ein Teil der Projekte von Anfang an nicht realistisch bzw. schon aus technischen Gründen fragwürdig (so z.B. der Kanal zwischen dem Toten und dem Roten Meer), andererseits war das Interesse ausländischer Investoren maßlos überschätzt worden. Die Schwerfälligkeit der jordanischen Bürokratie mit ihrem traditionellen Mangel an personeller Kontinuität, gepaart mit der Tatsache, daß die Investitionsbedingungen trotz zahlreicher Verbesserungsversuche immer noch deutlich unattraktiver als z.B. in Ägypten sind, haben ebenfalls massiv dazu beigetragen, daß das 1994/1995 zu spürende Interesse internationaler Investoren sich anderen Weltregionen zugewandt hat. An Investitionen in Jordanien interessierte ausländische Unternehmer sind mit einer langen Liste von Negativfaktoren konfrontiert, von denen jeder einzelne für ihre Entscheidung ausschlaggebend sein kann: Jordanien verfügt über keinen substantiellen Binnenmarkt mit hoher Kaufkraft, anders als seine Nachbarn Ägypten mit fast 70 Millionen Einwohnern und Israel mit zwar ähnlich hoher Einwohnerzahl wie Jordanien, aber mehr als zehnmal höherem Pro-Kopf-Einkommen. Exporte von Jordanien in die umliegenden Länder sind fast unverändert kompliziert, eine Sprungbrettfunktion hat das Land, besonders nach der boykottbedingten Reduzierung des Handels mit dem Irak, nicht. Zur Illustration: Passierten 1988 auf dem Höhepunkt des jordanisch-irakischen Handels 6,9 Millionen Tonnen irakischer Importe den Hafen Aqaba am Roten Meer, so waren es 1996 nur noch 479.000 Tonnen.⁸⁶⁾

Einige wichtige Projekte zwischen Israel und Jordanien sind unter der Regierung Netanyahu ad acta gelegt oder durch Nachverhandlungen so verwässert worden, daß von den ursprünglichen Kooperationsabsichten nichts mehr zu spüren ist. Es ist nun für die israelische Seite wieder undenkbar, sich durch Pipelines, die über tausende Kilometer arabischen Territoriums führen würden, oder von Flughäfen, die im Nachbarland liegen, abhängig zu machen. Die im Westen 1994/95 gerne genährte Illusion, es sei im Nahen Osten ein neues Zeitalter gegenseitigen Respekts und Vertrauens ausgebrochen, ist unwiederbringlich verpufft.

Israelische Investitionen in Jordanien sind 1998 – bei Bekanntwerden – dem Dauerstörfeuer einer Antinormalisierungskoalition unterworfen, die längst verstanden hat, daß sie zwar die Zusammenarbeit der beiden Länder als solche nicht mehr stoppen kann, aber dennoch nichts unversucht läßt, die 'Normalisierer' ins Licht der Öffentlichkeit zu zerren und bloßzustellen. Eine rationale Diskussion über das Verhältnis zu Israel findet vor allem in privaten Zirkeln statt, in den arabischsprachigen Printmedien – die englischsprachigen Zeitungen und die besser kontrollierten elektronischen Medien sind hiervon ausdrücklich ausgenommen – herrscht eine Art 'McCarthyismus' auf jordanisch. Die Hysterie nimmt dabei teilweise bizarre Formen an; so diskutierten die jordanischen Berufsverbände darüber, ihr eigenes Sprachrohr, die unabhängige Tageszeitung *Al-Arab Al-Yawm*, zu boykottieren, weil sie eine in einem israelisch-jordanischen Joint Venture produzierte Batterie abgebildet und über das Projekt berichtet hatte. Jordaniens größte und im Staatsbesitz befindliche Tageszeitung *Ar-Ra'i* wurde boykottiert, weil sie eine Anzeige von El Al veröffentlicht hatte. Der Boykott wurde erst aufgehoben, als *Ar-Ra'i* in einer Erklärung auf der Titelseite seine Solidarität mit der Antinormalisierungsbewegung zum Ausdruck gebracht⁸⁷⁾ hatte. Bei der Einschätzung der Boykottbewegung sollte jedoch nicht vergessen werden, daß nicht geringe Teile jener, die von der Entwicklung nach dem Friedensvertrag enttäuscht sind, nicht zum Häuflein dialogunfähiger Hardliner gehören, sondern von ganz konkreten Ereignissen der letzten Jahre zu ihrer Boykothaltung gebracht worden sind. Hier sind an vorderster Stelle die israelische Beschießung⁸⁸⁾ des UNIFIL-Geländes in Qana, Südlibanon, die langen Absperrungen der Palästinensergebiete, aber auch der fehlgeschlagene Mossad-Anschlag auf das führende Hamas-Mitglied Mish'al in Amman zu nennen.

Retrospektiv muß die 1994/1995 grassierende Projekteuphorie wohl in großem Maße als typisches Verhalten nahöstlicher Rentierstaaten gewertet werden. Hilfe wurde und wird durchgängig von außen erwartet. Ob ein ressourcenarmes und überbevölkertes Land wie Jordanien andere Optionen hat, darüber gehen die Meinungen auseinander. Fest steht, daß Jordanien seit seiner Gründung Anfang der zwanziger Jahre in hohem Maße von

Auslandshilfe abhängig ist und, vor allem aufgrund strategischer Präferenzen Großbritanniens, der USA und der Golfstaaten, auch erhalten hat. Es hat in den fast achtzig Jahren seiner Existenz ein politisches System ausgebildet, in dem der Staat mit Hilfe externer Renten zum größten Arbeitgeber des Landes geworden ist – zwischen 40 und 50 Prozent der arbeitenden Bevölkerung sind im öffentlichen Dienst beschäftigt. Der Staat versorgt seine Klientel und erwartet im Gegenzug Loyalität.

Die Entstehung einer verarbeitenden Industrie ist hingegen erst wenige Jahrzehnte alt, sie trägt zum BIP nur mit 17 Prozent (1990) bei. Die Notwendigkeit, ein nachhaltiges und auf Aktivierung der Eigenkräfte beruhendes Wirtschaftssystem zu entwickeln, ist durch die Abkommen mit Weltwährungsfonds und Weltbank vorgegeben. Ein wirkliches wirtschaftspolitisches Umdenken hat aber bisher noch nicht stattgefunden. Die Privatisierung hat kaum Fortschritte gemacht. Statt Personal abzubauen, stellen Ministerien und andere staatliche Institutionen Jahr für Jahr neue Mitarbeiter ein und blähen so den öffentlichen Sektor weiter auf. Die Beziehungen zwischen dem Privatsektor und der Regierung sind nach wie vor durch Kommunikationsstörungen gekennzeichnet. So hat die Regierung z.B. Handelsverträge mit Saudi-Arabien unterschrieben, ohne den jordanischen Privatsektor vorher zu konsultieren. Ergebnis: Saudische Unternehmer, die aufgrund niedrigerer Einfuhrzölle für Rohmaterialien billiger produzieren können, erfreuen sich nun eines Wettbewerbsvorteils gegenüber ihren durch hohe Einfuhrzölle gehandikapten jordanischen Konkurrenten.⁸⁹⁾ Kreditzinsen bleiben – zur Stabilisierung des Dinar – auf einem so hohen Niveau, daß sich Investitionen für heimische Unternehmer kaum rechnen. Nach Angaben des IWF haben jordanische Staatsbürger trotz der hohen Zinsen in Jordanien ca. drei Milliarden Dollar auf ausländischen Konten in Sicherheit gebracht.⁹⁰⁾ Gleichzeitig wächst der Druck auf die kleine jordanische Industrie durch den anstehenden Beitritt zum Welthandelsabkommen (WTO), durch das Partnerschaftsabkommen mit der Europäischen Union und die damit verbundene Verschärfung internationaler Konkurrenz auch auf dem heimischen Markt.

Weitere Faktoren, die Jordaniens wirtschafts- und sozialpolitischen Handlungsspielraum in Zukunft immer weiter einschränken werden, sind das hohe Bevölkerungswachstum, das mit 3,6 Prozent (1994-1997) eines der höchsten der Welt ist und die damit zusammenhängende Ausbreitung von Arbeitslosigkeit und Armut. Offiziellen Angaben zufolge liegt die Arbeitslosigkeit bei 14 Prozent, nach einer Studie des Centre for Strategic Studies jedoch bei 27,5 Prozent.⁹¹⁾ Nach Angaben des Ministeriums für Soziale Entwicklung lebten Ende 1997 26 Prozent der Bevölkerung in absoluter Armut, 45 Prozent verfügten über ein monatliches Durchschnittseinkommen von maximal 150 Jordanischen Dinar.⁹²⁾ Nach Angaben der Weltbank müßte die Wirtschaft des Landes ein Wachstum von mindestens acht Prozent jährlich erreichen, um einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu vermeiden.⁹³⁾ Allein im Bereich der Bildung ist aufgrund des Bevölkerungswachstums für den Zeitraum von 1990 bis 2010 eine Verdoppelung der Kosten zu erwarten.

Jordanien ist ein Paradox. Wohl kaum ein nahöstlicher Staat hatte bei seiner Gründung derart ungünstige Ausgangsbedingungen und ist gleichzeitig seit fast 80 Jahren so stabil geblieben. Anders als seine arabischen Nachbarn hat das Land weder Revolutionen noch einen Arabischen Sozialismus Nasserscher Prägung, weder Militärcoups noch jahrelange Bürgerkriege aushalten müssen. Der Sozialvertrag zwischen dem Königshaus und der ostjordanischen bzw. Teilen der palästinensischen Bevölkerung⁹⁴⁾ hat bis heute diese 'fragile Stabilität' möglich gemacht. Ob Jordanien angesichts der wenig Gutes verheißenden Entwicklungsindikatoren seine für die Region eher untypische Stabilität erhalten kann, wird nicht zuletzt von der Konjunktur seiner geopolitischen Bedeutung abhängen.

Auswahlbibliographie

Laurie A. Brand, „Economic and Political Liberalization in a Rentier Economy: The Case of the Hashemite Kingdom of Jordan“, in: Iliya Harik/ Denis J. Sullivan (eds.), *Privatization and Liberalization in the Middle East*, Bloomington 1992. S. 167-188.

Laurie A. Brand, *Jordan's Inter-Arab Relations. The Political Economy of Alliance Making*, New York 1994.

Alan J. Day, „Jordan. Economy“, in: *The Middle East and North Africa 1997*, 43rd Edition, hrsg. von Europa Publications Ltd., London 1996, S. 627 – 642.

Bryan Daves, „Biting the Hand that Feeds You: the Dilemma of Economic Reform and Regime Stability. Jordan in comparative perspective“. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript, Colloque International, Politique et Etat en Jordanie, 24.-25.Juni 1997, Paris.

Frank Czichowski, Jordanien: *Internationale Migration, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Stabilität*, Deutsches Orient-Institut, Hamburg 1990.

Leila G. Deeb, „The economic activities of the ‘returnees’ from the Gulf countries and their effect on Jordan’s economy“, in: Louis Blin, Philippe Fargues (Hrsg.), *L’Économie de la paix au Proche – Orient/ The Economy of Peace in the Middle East*, Vol. 1: Strategies, CEDEJ, Luisant 1995, S. 261 – 276.

Sharif S. Elmusa, „The Jordan-Israeli water agreement: a model or an exception?“, in: *Journal of Palestine Studies* 24 (1995), Nr. 3, S. 63 – 73.

Gil Feiler, „Jordan’s Economy 1970-1990: The Primacy of Exogenous Factors“, in: Joseph Nevo/ Ilan Pappé, *Jordan in the Middle East. The Making of a Pivotal State 1948-1988*, London 1994, S.45-60.

Adam Garfinkle, *Israel and Jordan in the shadow of war. Functional ties and futile diplomacy in a small place*, London 1992.

Axel Halbach u. a., „Regional economic development in the Middle East. Potential intra-regional trade in goods and services against the background of a peace settlement“ [Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, *ifo research reports/department for development and transformation studies* 84], München 1995.

Ferhad Ibrahim, „Jordanien nach dem Friedensschluß mit Israel“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 18/96, S.13-24.

Yehuda Lukacs, *Israel, Jordan and the peace process*, Syracuse (NY) 1997.

Volker Perthes, „Arab Economic Cooperation: A Critical View From Outside“, Stiftung Wissenschaft und Politik. Ebenhausen 1996.

Irene Schlünder/Ferhad Ibrahim, „Der jordanisch-israelische Friedensvertrag“, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, 29. Jahrgang, 1996, S.73-94.

Avi Shlaim, *Collusion across the Jordan. King Abdullah, the Zionist movement, and the partition of Palestine*, Oxford 1988.

„Trade for Peace in the Middle East: Measures to enhance trade between Egypt, Israel, Jordan and the Palestinian Territories“, hrsg. von der Deutsch-Arabischen Handelskammer und der Europäischen Kommission, Kairo 1995.

„Unemployment in Jordan – 1996: Preliminary results and basic data“, hrsg. vom Center of Strategic Studies, Economic Studies Unit, University of Jordan, Amman 1997.

Oliver Wils, „Foreign aid since 1989 and its impact on Jordan’s political economy: Some research questions“, in: *Jordanies*, No. 5/6 1998.

Mary Wilson, *King Abdullah, Britain and the Making of Jordan*, Cambridge 1987/9.

- 1) Zu den Beziehungen zwischen den Zionisten und Emir Abdallah vgl. Avi Shlaim, *Collusion across the Jordan. King Abdullah, the Zionist movement, and the partition of Palestine*, Oxford 1988. Mary Wilson, *King Abdullah, Britain and the Making of Jordan*, Cambridge 1987. Yoav Gelber, *Jewish-Transjordanian Relations 1921-1948*, London 1997.
- 2) Zum Verhältnis zwischen Jordanien und Israel in der Periode 1967 - 1988 vgl. Yehuda Lukacs, *Israel, Jordan and the peace process*, Syracuse (NY) 1997.
- 3) Zur Bedeutung der ausländischen Finanzhilfen vgl. Gil Feiler, „Jordan’s Economy, 1970-1990: The Primacy of Exogenous Factors“, in: Joseph Nevo/Ilan Pappé, *Jordan in the Middle East. The Making of a Pivotal State 1948-1988*, London 1994, S.45-60, und Laurie Brand, „In Search of Budget Security: A Reexamination of Jordanian Foreign Policy“, unveröffentl. Forschungspapier.
- 4) Vgl. Leila G. Deeb, „The economic activities of the ‘returnees’ from the Gulf countries and their effect on Jordan’s economy“, in: Louis Blin, Philippe Fargues (Hrsg.), *L’Économie de la paix au Proche-Orient/The Economy of Peace in the Middle East*, Vol. 1: Strategies, CEDEJ, Luisant 1995, S. 261 - 276.
- 5) Marwan Mu’asher, „The Jordan-Israeli Peace Treaty expectations and realities“, Februar 1995 (unveröffentl. Manuskript), S. 2.
- 6) Vgl. *Jordan Times (JT)*, 7. Januar 1998. Kenner jordanischer Innenpolitik behaupten, die Umfrageergebnisse seien manipuliert, die Zustimmung zum Friedensvertrag sei tatsächlich weit geringer gewesen.
- 7) *JT*, 2./3. Juli 1998.
- 8) Der Schwerpunkt unserer Überlegungen liegt weniger auf einer umfassenden Aufzählung aller existierenden Projekte und Bereiche der Zusammenarbeit mit Israel oder auf Veränderungen, die im weitesten Sinne mit dem Friedensprozeß zusammenhängen, als vielmehr auf der Darstellung besonders aussagekräftiger Kernbereiche der Wirtschaftsentwicklung Jordaniens in direktem Zusammenhang mit dem Friedensvertrag mit Israel.
- 9) Auf die Souveränität über die 1950 annektierte Westbank hatte Jordanien 1988 offiziell verzichtet.
- 10) Vgl. Sharif S. Elmusa, „The Jordan-Israeli water agreement: a model or an exception?“, in: *Journal of Palestine Studies* 24 (1995), Nr. 3, S. 63 - 73.
- 11) Vgl. John Bulloch/Adel Darwish, *Water Wars. Coming Conflicts in the Middle East*. London 1993. S.33-57.
- 12) Vgl. ebd., S. 69.
- 13) Vgl. *JT*, 16. März 1998.
- 14) Vgl. *JT*, 24. August 1997 und *The Star*, 28. August.
- 15) Vgl. *The Middle East*, Juli/August 1995, S. 25.
- 16) Vgl. *JT*, 1. September 1997.
- 17) Vgl. *The Star*, 28. August 1997.
- 18) Vgl. *JT*, 12. November 1997.
- 19) Vgl. *JT*, 2. März 1998.
- 20) Vgl. *JT*, 16./17. April 1998.
- 21) Vgl. *The Middle East*, Dezember 1995, S. 16.
- 22) Vgl. *JT*, 30. April 1997.
- 23) Die Angaben beider Seiten differieren erheblich. Das israelische Central Bureau of Statistics ging im Juli 1998 von 5500 illegalen Arbeitern aus, die mit jordanischen Pässen eingereist seien. *Ha’aretz*, 31. Juli 1998.
- 24) Vgl. *JT*, 20. April 1997.
- 25) Vgl. Axel Halbach u. a., „Regional economic development in the Middle East. Potential intra-regional trade in goods and services against the background of a peace settlement“ [ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, ifo research reports/department for development and transformation studies 84]. München 1995, S. 195.
- 26) Vgl. „Trade for Peace in the Middle East. Measures to enhance trade between Egypt, Israel, Jordan and the Palestinian Territories“, hrsg. von der Deutsch-Arabischen Handelskammer und der Europäischen Kommission, Kairo 1995, S. 3.
- 27) Vgl. *JT*, 17. Januar 1996. Handel zwischen beiden Ländern war auch nach 1967 möglich gewesen, Jordanien erlaubte den Import von Waren aus der Westbank und Gaza zwar nur, wenn das produzierende Unternehmen schon vor 1967 bestanden hatte, aber bis 1988 betrug das Handelsvolumen zwischen Israel und der arabischen Welt über Jordanien und die Westbank schätzungsweise 500 Millionen US-Dollar jährlich; vgl. Adam Garfinkle, *Israel and Jordan in the shadow of war. Functional ties and futile diplomacy in a small place*, London 1992.
- 28) Vgl. *JT*, 5./6. Dezember 1996.
- 29) Vgl. *JT*, 29. Dezember 1996.
- 30) Vgl. *JT*, 18. Februar 1997.
- 31) Vgl. *JT*, 10. März 1998.
- 32) Vgl. *JT*, 12. Mai 1998.
- 33) Vgl. Alan J. Day, „Jordan. Economy“, in: *The Middle East and North Africa 1997*, 43rd Edition, hrsg. von Europa Publications Ltd., London 1996, S. 630.
- 34) Vgl. *JT*, 21. Februar 1998.
- 35) Vgl. *JT*, 4. Mai 1998.
- 36) Vgl. Garfinkle, *Israel and Jordan in the shadow of war*, S. 65.
- 37) Vgl. *JT*, 14. Februar 1996.

- 38) Vgl. JT, 30. Juni 1997.
- 39) Vgl. JT, 31. Mai 1998.
- 40) Vgl. JT, 31. Mai 1998.
- 41) Als besonders schwierig erwiesen sich von Israel geforderte hebräische Produktbeschriftungen.
- 42) Vgl. JT, 1. April 1998.
- 43) In diesem Sinne der Wirtschaftsattaché der amerikanischen Botschaft in Amman; vgl. JT, 17. März 1998.
- 44) Vgl. JT, 17. März 1998.
- 45) Vgl. JT, 31. Mai 1998.
- 46) Es handelt sich in der Regel um multinationale Konzerne, die durch ihre israelische Niederlassung im Rahmen der QIZ agieren. Der für die Gewährung der Privilegien nötige israelische Anteil kommt also überwiegend nicht durch das Engagement rein israelischer Unternehmen zustande.
- 47) Vgl. JT, 22. April 1998.
- 48) Vgl. JT, 13. Dezember 1997.
- 49) Vgl. JT, 24. März 1998. Ein großes Handicap für gemeinsame Projekte im Softwarebereich ist der in Jordanien unzureichende Schutz geistigen Eigentums. Nach Angaben der Industriekammer Amman ist die Realisierung des Projekts aus diesem Grund gefährdet.
- 50) Es kann davon ausgegangen werden, daß weit mehr Joint Ventures und andere Kooperationsformen existieren als in der Öffentlichkeit bekannt ist. Gilad wies darauf hin, daß die israelische Botschaft in Amman hierüber keine offiziellen Statistiken führt und die in Jordanien operierenden Unternehmen nur in Ausnahmefällen unterstützt. Auch in Gesprächen mit Jordanern taucht immer wieder der Hinweis auf, daß die geheimen Geschäftskontakte nach Israel diejenigen, die in der Öffentlichkeit bekannt sind, weit übertreffen.
- 51) Innerhalb der 13 Berufsverbände haben die Schriftsteller und Buchhalter eine Sonderstellung inne, sie sind als Vereine registriert.
- 52) Vgl. The Middle East, Oktober 1995, S. 9.
- 53) Vgl. Die Zeit, 7. März 1997.
- 54) Vgl. The Star, 26. Februar 1998, JT, 4. Februar 1997 und 9. November 1996.
- 55) Vgl. JT, 14. April 1997.
- 56) Vgl. JT, 29. März 1998.
- 57) Vgl. JT, 26. November 1996.
- 58) Vgl. The Star, 28. November 1996.
- 59) Vgl. JT, 5. Januar 1997.
- 60) Vgl. JT, 7. Januar 1998.
- 61) Vgl. beispielsweise die Publikationen „Investment Climate in Jordan“, hrsg. von der Jordanian Businessmen Association, 1995 oder „Jordan. Business & Investment Opportunities 1996“, hrsg. von der Investment Promotion Corporation sowie die Publikationen, die für die MENA-Wirtschaftsgipfel präpariert wurden, Amman 1995. „Building a prosperous peace“, hrsg. vom International Press Office, und „Jordan. Gateway to Business Opportunities in the Middle East“, hrsg. vom Ministry of Planning, Amman 1996.
- 62) Der Wirtschaftsexperte und Kolumnist Fahed Fanek; JT, 16. März 1998.
- 63) Vgl. JT, 20. Mai 1998.
- 64) Dies gilt nicht für Israel, das nach dem Ende des arabischen Boykotts zahlreiche multinationale Konzerne anzuziehen vermochte, die zuvor aus wirtschaftsstrategischen Gründen nicht in Israel vertreten waren.
- 65) Vgl. JT, 17. Februar 1998. Die internationalen Investitionsflüsse gehen nur zu einem Bruchteil in Staaten der Arabischen Liga.
- 66) Vgl. „Jordan: Economic Overview 1997“, hrsg. vom Ministry of Planning, Amman 1998, S. 41ff.
- 67) So berichtete z. B. MEED 1995 schon von der baldigen Privatisierung der Telecommunications Corporation und nannte ein halbes Dutzend weiterer Privatisierungskandidaten für die nahe Zukunft, die bis heute alle noch staatlich sind; vgl. MEED, 27. Oktober 1995, S. 10f.
- 68) Vgl. JT, 29. März 1998.
- 69) Vgl. The Star, 16. April 1998.
- 70) Dies ist nicht die erste verpaßte Gelegenheit. Mit Ausbruch des libanesischen Bürgerkrieges hatte 1975 die Chance bestanden, abwanderndem Kapital (besonders Banken) in Jordanien eine neue Heimat zu bieten. Ein nicht zu unterschätzendes Problem stellt auch die ubiquitäre Vettern- und Günstlingswirtschaft (wastah) dar. Viele Schlüsselpositionen in Jordanien sind aufgrund familiärer und anderer Beziehungen mit Fachfremden besetzt. Die stellvertretende Direktorin der Investment Promotion Corporation wies auf die Frage nach den komparativen Vorteilen Jordaniens auf die internationalen Schulen Ammans, das günstige Klima Jordaniens und den hohen Akademikeranteil im Lande hin. Dieser liege bei 21 Prozent, während er in Israel nur bei 19 Prozent liege. Antworten, die internationale Investoren kaum überzeugen dürften.
- 71) Studie des Foreign International Advisory Service und der Technical Service Group von USAID, vgl. dazu JT, 3. April 1998.

- 72) Mitglieder sind Jordanien, Israel, die Palästinensische Autonomiebehörde, Ägypten, Marokko, Tunesien, die Türkei und Zypern.
- 73) Vgl. JT, 17. November 1996.
- 74) Vgl. JT, 5. Januar 1997.
- 75) Vgl. „Impact of the peace process on trade in services: The tourism sector in the ESCWA region, case studies on Egypt, Jordan and Palestine“, hrsg. von ESCWA/UN, New York 1997, S. 39.
- 76) Vgl. JT, 22. März 1997.
- 77) Vgl. JT, 28. März 1998.
- 78) Vgl. JT, 28. März 1998.
- 79) Vgl. Schlünder/Ibrahim, S.77.
- 80) Vgl. Alan J. Day, „Jordan. Economy“, in: The Middle East and North Africa 1997, S. 631.
- 81) Vgl. ebd., S. 640.
- 82) Vgl. The Middle East, Oktober 1995, S. 21.
- 83) In einem Interview, erschienen in der JT, 11. Februar 1997.
- 84) FAZ, 6. Januar 1998.
- 85) Vgl. JT, 4. November 1997.
- 86) Vgl. JT, 27. Mai 1998.
- 87) JT, 4.8.1998.
- 88) Der vollständige UN-Report über die Hintergründe der Beschießung, die im April 1996 über 100 Tote verursacht hatte, finden sich in „The Lebanon Report“, No.2, Summer 1996, S.17-23.
- 89) Für den jordanischen Staat scheint die Aussicht auf Hilfszahlungen des finanzkräftigen Saudi-Arabien wichtiger als die Exportchancen der heimischen Industrie zu sein.
- 90) Vgl. Bryan Daves, „Biting the hand that feeds you“.
- 91) Vgl. „Unemployment in Jordan - 1996. Preliminary results and basic data“, hrsg. vom Center of Strategic Studies, Economic Studies Unit, University of Jordan, Amman 1997, S. 36/37.
- 92) Ca. 375 DM.
- 93) Vgl. JT, 18. Februar 1998.
- 94) Zur Frage palästinensischer Identität in Jordanien bzw. der Einbindung von Teilen der palästinensischen Bevölkerung ins politische System Jordaniens, vgl. Lamia Radi, „Palestiniens en Jordanie. La gestion d'appartenances multiples“, in: Les Cahiers de l'Orient. Troisième Trimestre 1994, No.35. S. 97-111; Lamia Radi, L'élite palestinienne: Strategies de survie et modes d'influences (1967-1997), Dissertation Institut d'Etudes Politiques, Paris 1997; Laurie Brand, „Palestinians and Jordanians: A Crisis of Identity“, in: Journal of Palestine Studies, XXIV, no.4 (Summer 1995), S.46-61.
-

Markus Bouillon studiert Politikwissenschaft und Islamwissenschaft an der Universität Freiburg.
Olaf Köndgen ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jordanien.